

AUSSPRACHE

Hat der Sozialismus eine Zukunft?

Eine solche Frage kann ein Sozialist nicht stellen, wie *Prof. Dr. Hans Lutz* in dem so betitelten Aufsatz in Nr. 3/1955 dieser Zeitschrift selbst zum Ausdruck bringt. Mir scheint, man kann eine solche Frage überhaupt nicht stellen. Man sollte die Dinge einmal von Grund auf neu betrachten und überprüfen und nicht von Lehrmeinungen ausgehen, die je nach Definition und Einstellung zu diesem oder jenem Schluß führen. Dazu muß man etwas aus-holen. Angedeutet sei folgendes:

Wir stehen vor der Tatsache, daß sich die Welt immer mehr mit Menschen anfüllt. Die Weltbevölkerung, die heute 2½ Milliarden Menschen umfaßt, wird nach den letzten Untersuchungen der UN 1980, also in noch nicht 30 Jahren, voraussichtlich 3¾ Milliarden Menschen betragen. Der Nahrungsmittelspielraum wird sich demnach in erschreckend kurzer Zeit bedeutend verengen. Die Technik hat durch ihre ebenso rasche und enorme Entwicklung alle Versorgungsanforderungen bisher leicht erfüllen lassen. Sie hat auf der anderen Seite jedoch auch Möglichkeiten geschaffen, die bestehende Ordnung mit Zerstörungsmitteln von unvorstellbarer Gewalt zu stürzen oder zu ändern. Diese beiden Momente, die starke Vermehrung der Erdbevölkerung und die unheimlichen Fortschritte der Technik, sind der Rahmen, innerhalb dessen sich die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Menschheit abspielt. Noch sorgt die Atomwissenschaft in Ost und West für die balance of power. Doch kann dieser Spannungszustand nicht ewig dauern. Es muß einmal eine Verständigung herbeigeführt und alles in der Welt in eine systematische Ordnung gebracht werden, wenn die Menschheit überhaupt aus dem unaufhörlichen Druck, aus der ständigen Kriegsangst herauskommen und jemals wieder „menschwürdig“ leben können will. Das Tempo der Bevölkerungszunahme und der Entwicklung der Technik wird die Regelung sehr beschleunigen. An einzelnen Zügen läßt sich der Lauf der Dinge schon beobachten. Die wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebiete holen ihren Rückstand allmählich auf, sie industrialisieren sich, machen sich insoweit unabhängig von Einfuhren und erstreben eine eigene Ausfuhr. Der internationale Wettbewerb verstärkt sich. Haben erst einmal alle Völker einen annähernd gleichen wirtschaftlichen Stand erreicht, wird eine umfassende internationale Arbeitsteilung in der Produktion auf lange Sicht unvermeidlich sein. Denn ein autarkes Wirtschaften einzelner Völker oder Völkergruppen wäre sinnlos, jedenfalls auf die Dauer unhaltbar. Dabei setzen internationale Absprachen nationalwirtschaftliche Regelungen voraus.

So geht die Wirtschaft allgemein aus der Ungebundenheit ihrer Anfangszeit über immer mehr sich ergebende Regelungen zwangsläufig in eine immer planvollere Wirtschaft über. Wir kommen dazu, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Dabei braucht Planwirtschaft nicht verbeamtete Wirtschaft zu sein, es kann ein System sein, bei dem der individuellen Fähigkeit noch angemessener Spielraum gelassen ist. An dem Beispiel der Vereinigten Staaten sieht man, daß die Entwicklung, wenigstens in dem gegenwärtigen Stadium, nicht einmal von einer sozialistischen Partei oder einer Partei, die sich so nennt, getragen zu werden braucht.

Freie Wirtschaft bleibt nur so lange möglich, als noch — wie jetzt — irgendwie ein wirtschaftliches Gefälle besteht. Und da die Wirtschaft jedes Gefälle auszunutzen strebt, bringt sie damit jedes Gefälle zum Verschwinden. Um die damit sich mindernden Gewinnchancen zu erhalten, wird versucht, durch Absprachen zwischen Produzenten, durch Kartellbildung usw. einseitig den Markt unter Kontrolle zu halten und zu beeinflussen. Gegen diese Benachteiligung des Konsumenten müssen wiederum der Staat oder Gruppen von Staaten Maßnahmen treffen. So muß — auch von dieser Seite her — in immer zunehmendem Maße regelnd eingegriffen werden. Die bisherige Entwicklung hat denn ja auch schon dahin geführt, daß die so ruinösen Konjunkturschwankungen erheblich abgeschwächt worden sind, d. h. die Tendenz haben, mit der Zeit überhaupt zu verschwinden.

Alles dies bedeutet, daß wir wirtschaftlich vom zunächst allgemein gültig gewesenen Profitprinzip zu einem System gelangen, in dem der Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung das beherrschende Prinzip ist. Dahin führt eine ganz natürliche Entwicklung. Und diese kommende Ordnung, bei der der individualistische Geist dem Gemeinschaftsdenken völlig untergeordnet sein wird, ist das, was wir schlechthin sozialistische Ordnung nennen müssen.

Wir können daher gar nicht fragen, ob der Sozialismus eine Zukunft hat. Er kommt, weil er das zwangsläufige Ergebnis der Entwicklung ist. Er ist die Zukunft.

Dr. Artur Bormann

Der Anteil am Sozialprodukt

In seinem Aufsatz „Der Anteil am Sozialprodukt“ im Aprilheft untersucht *Karl Kühne* die Möglichkeit einer Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt durch gewerkschaftliche Lohnaktionen und kommt zu dem Ergebnis, daß den diesbezüglichen Anstrengungen dauernder Erfolg nur bei gleichbleibender Preispolitik (im Sinne echter Wettbewerbspolitik) beschieden sein könne. Nun soll hier keinesfalls die Notwendigkeit einer

wirtschaftspolitischen Überwachung der zunehmenden Monopolisierung geleugnet werden, aber das eigentliche Problem der Gewerkschaften ist doch die Frage, ob auch ohne „Hilfestellung“ der staatlichen Preispolitik eine Ausweitung des Anteils der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik möglich ist. Diese Frage dürfte unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der modernen Wirtschaftstheorie zu bejahen sein, und der Aufsatz von Kühne bedarf hier zweier wichtiger Ergänzungen:

a) Kühne geht aus von einer Untersuchung der Möglichkeit einer Durchbrechung der „Produktivitätsformel“. Das setzt voraus, daß im Ausgangszustand die Arbeitnehmer aller Betriebe entsprechend ihrem Grenzprodukt entlohnt worden sind. Selbst wenn wir von den Schwierigkeiten der empirischen Feststellung des Verlaufs der Grenzproduktivitätskurve absehen und auch die Abhängigkeit der monetären Größe des Grenzprodukts (und die allein ist für die Dispositionen des Unternehmers relevant) von der Marktlage vernachlässigen, ist hier zu fragen: Nach welchem Grenzprodukt der Arbeit bestimmt sich der Lohn, nach dem durchschnittlichen oder nach dem des „letzten“ Betriebes, des volkswirtschaftlichen Grenzbetriebes? Da die Lohnsätze für bestimmte Arbeitsarten in der Regel durch regionale Tarifverträge geregelt werden — also der theoretischen Konstruktion, daß für Arbeit gleicher Art auch gleicher Lohn gezahlt werden muß, genügen —, kann offensichtlich nur die „Grenzproduktivität“ im Grenzbetrieb entscheidend sein. Dies bedeutet aber, daß in allen andern Betrieben die Arbeitnehmer nicht entsprechend ihrer „Produktivität“ entlohnt werden, so daß eine durch die Gewerkschaften herbeigeführte Lohnsteigerung nur den marktwirtschaftlichen „Ausleseprozeß“ beschleunigen würde. Erscheinen somit für die aktuelle Lage der Gegenwart Reallohnsteigerungen als durchaus möglich, so ist aber Kühne darin zuzustimmen, daß auch mit Erfolg — und ohne Rückwirkungen auf die Beschäftigungsmenge — durchgeführte Reallohnsteigerungen noch nicht die relativen Anteile am Sozialprodukt zu verändern brauchten, wenn gleichzeitig das Einkommen der andern Bevölkerungsgruppen steigt. An diesem Punkt kommt Kühne dann zu seiner Forderung gleichzeitiger Preispolitik, und hier kann seinen Ausführungen nicht in allen Punkten gefolgt werden.

b) Nach der modernen Kreislauftheorie (*Keynes, Föhl* und ihre Nachfolger.) wirken Lohnerhöhungen nur dann schmälernd auf die Unternehmergewinne, wenn sie anschließend gespart werden, dagegen bleiben bei konsumtiver Verausgabung der Mehrbeträge die Gewinne zumindest gleich, wenn sie nicht sogar steigen. Diese Schlußfolgerungen erscheinen (stets mit der Blickrichtung auf die Arbeitneh-

merschaft und die Unternehmerschaft als Ganzes) recht überzeugend, und sind jedenfalls nicht mit dem von Kühne im Märzheft (S. 150) angeführten sogenannten „Riviera-Theorem“ zu widerlegen. So erweist sich bei großer Konsumneigung der Arbeitnehmer der Erfolg eines „Ausquetschens“ der Gewinne als recht fragwürdig, erfolgreiche Reallohnsteigerungen erscheinen hier nur auf Kosten der andern Einkommenbezieher — aber nicht zu Lasten der Unternehmergewinne — möglich. Aber ist damit die Möglichkeit einer Erweiterung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu verneinen?

Es kann in dieser Stellungnahme nicht die gesamte Problematik der Verteilungstheorie aufgerollt werden, und unsere Ausführungen können über den Charakter von Andeutungen nicht hinauskommen. Einen Weg der erfolgreichen Erweiterung des Arbeitnehmeranteils hat *Albert Wissler* im 1. Heft der Zeitschrift für Konjunkturpolitik (Berlin 1954/55) aufgezeigt, wo Lohnsteigerungen während des konjunkturellen Aufschwungs als notwendiges Äquivalent der überproportionalen Entwicklung der Investitionsgüterindustrie angesehen werden. Folgt man der konjunkturtheoretischen Auffassung — und sie erscheint recht überzeugend —, daß auf dem Höhepunkt des Aufschwungs *nur* Verbrauchsausweitungen den Umschwung der Konjunktur verhindern können, dann muß man auch anerkennen, daß in diesem konjunkturellen Zeitpunkt die Gewerkschaften die Chance haben, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt wirksam und auf die Dauer zu erhöhen. Rechtzeitig durchgeführte Lohnsteigerungen bedeuten Kaufkraftstärkung der verbrauchsfreudigen Bevölkerungskreise, und kann die dadurch induzierte Verlagerung der Gewichte von der Investitionsgüterindustrie zur Konsumgüterindustrie den Abschwung — und die damit verbundene Reduzierung des Volkseinkommens — verhindern, so hat sich nach den notwendigen Anpassungsvorgängen durch die gewerkschaftlichen Aktionen der absolute wie auch der relative Anteil der Arbeitnehmerschaft erhöht, nicht auf Kosten der andern Einkommensgruppen, sondern durch die Verhinderung einer Reduzierung des Sozialprodukts durch die Umlenkung der Produktionsfaktoren in die Verbrauchersphäre.

Bei Beachtung der entsprechenden Konjunkturlage erscheint somit auch ohne korrespondierende Preispolitik (mit deren Unterstützung natürlich noch sicherer, nur ist fraglich, ob die Gewerkschaften darauf rechnen können) eine Erweiterung des Anteils am Sozialprodukt nach der Forderung *Freitags* möglich und der Hinweis auf die „Produktivitätsformel“ als wenig überzeugend.

Herbert Ehrenberg